

**Zeitschrift:** Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen  
**Herausgeber:** Schweizerischer Fourierverband  
**Band:** 31 (1958)  
**Heft:** 5

## Titelseiten

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



## VON MONAT ZU MONAT

*Ein juristischer Examenfall:*

### **Die ausserordentlichen Instruktionsdienste für Territorialkompagnien und Ortswehren**

Auch wenn man in den Annalen unserer Militärgesetzgebung sehr weit zurückblättert, wird man kaum auf eine Vorlage stossen, die ein so abenteuerliches Schicksal erlebt und die die verantwortlichen Stellen immer wieder vor derart heikle, rechtliche Probleme gestellt hat, wie die ausserordentlichen Instruktionsdienste für Territorialkompagnien und Ortswehren. Selbst gewiegten Staatsrechtlern hat diese Vorlage fortlaufend schwierigste, juristische Knacknüsse aufgegeben und sie immer wieder vor Fragen gestellt, die in dieser Form noch nie zu entscheiden waren. Es mag darum von Interesse sein, die bewegte Leidensgeschichte dieses «juristischen Unikums» etwas näher zu betrachten — sie ist auch für Nichtjuristen nicht ohne Reiz.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Geschehnisse in Ungarn und im Suezkanalgebiet nahm der Nationalrat in der Dezembersession 1956 ein *Postulat seiner erweiterten Militärkommission* an, das den Bundesrat einlud, unverzüglich eine zusätzliche, auf dienstlicher oder ausserdienstlicher Grundlage beruhende Ausbildung der Truppe, insbesondere in der Panzerabwehr, an die Hand zu nehmen. Der Bundesrat kam dieser Aufforderung in zweifacher Hinsicht nach:

- a) Für die Offiziere ordnete der Bundesrat mit Beschluss vom 29. Januar 1957 *in eigener Kompetenz* eine Verlängerung der Kadervorkurse des Jahres 1957 um 3 bis 4 Tage an; in diesen sollte das Schwergewicht der Ausbildungsarbeit auf der Panzerabwehr liegen. Ausserdem wurden mit einem Bundesratsbeschluss vom 29. März 1957 besondere Übungen für die Mobilmachungsstäbe sowie einige Offizierskurse angeordnet.
- b) Auf Antrag des Bundesrates haben die *eidgenössischen Räte mit einem dringlichen Bundesbeschluss* für die Jahre 1957 bis 1959 die Durchführung von ausserordentlichen, zusätzlichen Instruktionsdienstleistungen beschlossen. Diese Dienste umfassen einerseits Truppenkurse von Formationen der Landwehr und des Landsturms, die normalerweise nur selten oder nie einrücken, und andererseits zusätzliche Kaderkurse für Offiziere und Unteroffiziere.

Die eidgenössischen Räte sind jedoch bei ihrem am 21. März 1957 gefassten Beschluss dem Antrag des Bundesrates nicht in allen Teilen gefolgt. Vielmehr wurden schon in der Eintretensdebatte zu dem Geschäft im Nationalrat die vorgeschlagenen *Kurse der Territorialkompagnien und der Ortswehren* aus der Vorlage herausgenommen und zur Neuüberprüfung an den Bundesrat zurückgewiesen. Der Widerstand, der sich im Nationalrat gegen die zusätzlichen Dienstleistungen der Territorialkompagnien und der Ortswehren geltend machte, hatte seine Gründe einerseits in grundsätzlichen Überlegungen, indem die ältesten Jahrgänge vor zusätzlichen Diensten bewahrt werden sollten; andererseits wurde den Kursen der Vorwurf gemacht, dass darin aus Materialgründen keine genügende Panzerabwehrausbildung betrieben werden könne.

Nach erneuter Prüfung des Sachverhalts kam der Bundesrat zum Schluss, dass im Interesse der Erhöhung der Kampfkraft dieser Formationen auf die Durchführung der zusätzlichen Kurse für die Territorialkompagnien und Ortswehren nicht verzichtet werden sollte. Er vertrat dabei die Meinung, dass etwa *ein Drittel dieser Kurse noch im Jahre 1957, der Rest im Jahre 1958* durchgeführt werden sollte; ausserdem nahm er in Aussicht, das Ausbildungsprogramm der Kurse